



HVBG

HVBG-Info 05/1988 vom 11.02.1988, S. 0375 - 0376, DOK 401.7; 401.7:553.2-BVerwG

**Zur Frage der Rechtmäßigkeit einer Kindergeldpfändung  
(§ 54 SGB I) - BVerwG-Urteil vom 23.03.1987 - 9 C 10.86**

Bundesverwaltungsgericht

Rechtmäßigkeit einer Kindergeldpfändung

VwGO § 40; KgfEG §§ 28 ff. a.F.; SGB AT Art. I § 54; BKGG §§ 1, 12

1. Im Streit um die Rechtmäßigkeit einer Pfändung in den Anspruch auf Kindergeld ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben, wenn die Pfändung aufgrund des Verwaltungsvollstreckungsrechts erfolgt.
2. Aus der gesetzlichen Zweckbestimmung des Kindergeldes folgt nicht, daß es im Pfändungswege nicht auch zur Befriedigung anderer Forderungen als gesetzlicher Unterhaltsansprüche der Kinder herangezogen werden darf.
3. Nach dem Wegfall des grundsätzlichen Pfändungsverbots in § 12 BKGG (F. 1964) bedarf es vielmehr nach Maßgabe des Art. I § 54 II, III BSG der Prüfung jeweils im Einzelfall, ob die Pfändung von Kindergeld wegen anderer Ansprüche zulässig ist.

Fundstelle: NJW 1987, Heft 51, Seiten 3272-3274